

Antrag zur Resolution “Osthang erhalten, studentische Kulturräume schützen”

Antragsteller*innen: Jusos & Unabhängige

Antragstext:

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Das Präsidium des Studierendenparlaments soll der Stadtregierung, den Vertreter*innen der Darmstädter Presse sowie der Studierendenschaft der Hochschule Darmstadt unter gleichzeitiger Einladung zur gemeinsamen Positionierung folgende Resolution zur Kenntnis geben:

“Osthang erhalten, studentische Kulturräume schützen

Die Studierendenschaft der TU Darmstadt schaut mit Bestürzung auf die am Samstag, den 14.02.26 veröffentlichten Allgemeinverfügungen der Wissenschaftsstadt Darmstadt, nach welchen das Betreten des Geländes des Osthangs sowie Versammlungen darauf ab dem 18.02. verboten sein und damit Räumung wie Rodung dieses Kulturraums vorbereitet werden soll.

Zwar wurde der Bau mit Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung im Dezember erneut beschlossen, allerdings steht die Veröffentlichung der zugrundeliegenden Machbarkeitsstudie bis heute aus und auch studentische Vertreter*innen wurden in diesen Entscheidungsprozess nicht miteinbezogen. Was wir mit Blick auf Rechtsstaatlichkeit und demokratische Prinzipien bemängeln.

Wir kritisieren die Entscheidung der Stadt, für ein angebliches Prestigeprojekt einen Raum für Sub- und Jugend- sowie damit auch automatisch studentische Kultur auf diese Art zu schließen. Der Stadtbevölkerung geht dadurch ein großes Stück kulturelle Selbstwirksamkeit verloren, welche sich auch durch den erwarteten wirtschaftlichen Gewinn einer musealisierung städtischer Kultur kaum ausgleichen lassen wird.

Wir kritisieren des Weiteren das Angebot eines Ausgleichsgrundstücks oder vielmehr dessen Standort. Der neue Standort in der Weststadt ist dabei nicht nur deshalb schwierig weil er wohl kaum auf gleiche Weise vorbeilaufende Passant*innen für seine kulturellen Veranstaltungen begeistern können wird, sondern auch weil An- und Abreise gerade für junge Menschen in den Abendstunden eine Gefahr birgt, welche durch mangelhafte Anbindung an den ÖPNV zusätzlich verstärkt wird. Auch kann Individualverkehr hier keine Abhilfe schaffen, da die Zielgruppen, im Gegensatz zu den erwarteten Tourist*innen, aus wirtschaftlichen oder Altersgründen schon gar keinen Zugang zu einem Kfz haben können.

Auch möchten wir die Stadtregierung darauf hinweisen, dass die Mathildenhöhe ihren Welterbestatus gerade deswegen bekommen hat, weil mit der Künstlerkolonie genau solche nicht-klassische Kultur aktiv in die Mitte der Stadt platziert wurde. Genau das gleiche jetzt aus Gründen des Welterbes zu verwerfen, um ein “klassisches” Informationszentrum zu bauen, halten wir zumindest für grotesk.

Wir Rügen insgesamt den Umgang der Stadtregierung mit Jugend- und Subkultur als imaginierten Gegenspieler zur klassischen Kultur, solidarisieren uns mit den Betreiber*innen des Osthangs sowie der Initiative “Osthang bleibt” und fordern die Stadtregierung auf für die Information von Besucher*innen des Welterbes Mathildenhöhe eine alternative Option zu verfolgen, die das Bestehen des Osthangs in bisheriger Form weiter ermöglicht.”

Begründung:

Erfolgt, soweit nicht dem Inhalt zu entnehmen, mündlich.

Die Zuständigkeit ergibt sich aus §84 Abs. 2 Nr.1 i. V. m. Nr. 5 und 6 HessHG

Begründung der Eile:

Die Räumungsankündigung der Stadt wurde vergangenen Freitag, die notwendigen Allgemeinverfügungen sogar erst Samstag und damit nach der regulären Frist für das Studierendenparlament veröffentlicht. Da selbige bereits am Tag nach dem Februar-StuPa in Kraft treten sollen, wäre eine Behandlung auf dem nächsten regulären StuPa vergeblich.